

# Das "Weltklasse"-Paradoxon

*Neoliberale Bürokratie als Leitbild der Universitätsreform? - Anmerkungen zum hochschulpolitischen Verständnis von Demokratie und Effizienz vor dem Hintergrund der laufenden Senatswahlen.*

---

Robert Pfaller\*

---

**D**ie Reform der Universitäten in Österreich weist ein Paradoxon auf: Je lautstärker man Worte wie "Weltklasse" und "excellence" in Umlauf bringt, desto massivere Vorkehrungen trifft man zugleich, um Mittelmäßigkeit zum Maß aller Dinge zu machen. Je mehr man von Schlankheit und Effizienz schwärmt, desto korpulenteren, ineffizienten Kontrollmechanismen wird die Tür geöffnet. Und je mehr von Freiheit die Rede ist, desto mehr Unfreiheit wird erzeugt.

Man betont zum Beispiel die neu geschaffene Autonomie der Universitäten, aber zugleich entzieht man ihnen so gut wie jede interne Entscheidungsgewalt. Dasselbe macht man mit den Studierenden: Zwar wird von Vertretern der Wirtschaft immer wieder betont, dass man heutzutage dynamische, eigenverantwortliche Kräfte benötige, die zu selbstständigem Denken fähig sind. Aber zugleich werden - unter dem massiven Druck genau dieser Wirtschaft - Gesetze eingeführt, dank derer die Studierenden lediglich zu gedankenlosen, disziplinierten Erfüllungsgehilfen abgerichtet werden können: Neue, durch und durch verschulte Kurzstudien mit exorbitanten Anwesenheitspflichten lassen selbst die Aufgewecktesten kaum noch zum Funken eines selbstständig gefassten Gedankens kommen.

## **Triumph der Disziplin**

Auch was die Lehrenden betrifft, ist ein vom Weltklassemotiv inspiriertes Bildungsressort offenbar der Auffassung, dass nur die im Büro sitzenden Indianer gute Indianer sind. Dementsprechend bestimmt das neue Universitätsgesetz, dass bei den derzeit stattfindenden Wahlen zum Senat keine Briefwahl zulässig ist. Wählen kann somit nur, wer am Tag der Wahl im Haus ist. Das bedeutet zum Beispiel, dass Kolleginnen, die eine Exkursion durchzuführen haben, gerade dadurch, dass sie ihren Dienstpflichten nachgehen, von der Mitbestimmung ausgeschlossen sind. Demokratie gibt es nur für die, die im Büro sind.

Hier zeigt sich ein allgemeinerer, paradoxer Zusammenhang: Neoliberale Deregulierung vollzieht sich als massive Regulierung. Je weniger Mittel man für bloß indirekt und langfristig profitable Sektoren wie die universitäre Ausbildung zur Verfügung stellen will, desto genauer möchte man beobachten, was mit diesen Mitteln geschieht. Und zu diesem Zweck führt man Mechanismen der Disziplinierung und Kontrolle ein, die nicht nur selbst einen beträchtlichen Teil ebendieser Mittel verbrauchen, sondern auch die verbleibende Produktivität bedenklich deformieren.

Jährlich müssen die Universitäten nun so genannte "Wissensbilanzen" und "Leistungsbilanzen" abliefern, in denen sie auflisten, was sie produzieren, und warum. Auf der Grundlage dieser Berichte bemisst das Ministerium dann die Höhe der Zuwendungen an die jeweilige Universität. Das Originelle dieser Konstruktion verdient Beachtung: Die zu beurteilenden Universitäten werden danach beurteilt, wie sie sich selbst beschreiben! - In keiner der westlichen Welt bekannten Sozialwissenschaften ist so etwas ein gültiges Verfahren.

## **Kontrollwahn...**

Die Selbstbeschreibungen einer Sache mit dieser Sache selbst zu verwechseln ist allein die Methode der Bürokraten. Klarerweise ist nicht jeder Verwalter schon ein Bürokrat. Ein Bürokrat ist allein derjenige, der eine Produktion nicht kennt und sie deshalb ausschließlich anhand ihrer Aufzeichnung beurteilt. Indem er diese Art der Beurteilung unter dem Schlagwort der "Transparenz" durchsetzt, bringt der Bürokrat die Aufzeichnung zur Herrschaft über diese Produktion - und sich selbst zur Vorherrschaft über die Produzenten. Anstatt die wissenschaftlichen Leistungen der Universitäten durch wissenschaftliche Experten beobachten zu lassen, lässt man Verwalter etwas beobachten, was andere

Verwalter extra für sie erstellen müssen. Dazu müssen die Unis immer mehr Verwalter engagieren - anstelle jener Lehrenden und Forschenden, über die die Verwalter berichten sollen. "Le mort saisit le vif" - der Bericht verschlingt das zu Berichtende. Und was der Bericht noch übrig lässt, deformiert er: Die Kriterien des Berichtens gewinnen die Oberhand über das Berichtete.

Gerade die interessantesten wissenschaftlichen Vorstöße entziehen sich nämlich regelmäßig den meist äußerst grobschlächtigen Kategorien des Berichtswesens. Die mit freiem Auge leicht erkennbaren Glanzleistungen können nur mit äußerster Mühe innerhalb der Berichte einigermaßen sichtbar gemacht werden.

Selbst wenn man es nun gütigerweise den Universitäten überlässt, selbst bessere Kriterien für das Berichten vorzuschlagen, wird dies die Forschung gravierend behindern: Denn gerade diejenigen, die am genauesten überlegen, was sie in ihrer Arbeit tun, werden sich dann auch noch die größte Mühe antun müssen, um es darzustellen. Jeder, der etwas Besonderes vorhat, wird es sich darum in Zukunft zweimal überlegen. Viel eher wird an den Universitäten nur noch das getan werden, was sich auch schön und ohne große Mühe berichten lässt. "Dienst nach Nachschrift" könnte man diese sich abzeichnende Struktur nennen.

Optimistische Schlagworte wie "Reform" und "Transparenz" verdecken somit eine massive gesellschaftliche Auseinandersetzung - eine für den Neoliberalismus charakteristische Verschiebung: Bürokratische Kräfte verdrängen produktive Kräfte.

### **...und Beraterpest**

Das kann auf mehreren Ebenen beobachtet werden: In den unmittelbar und kurzfristig profitorientierten Unternehmen gibt es seit längerem die bekannte Vermehrung der Berater, Coaches und Consulter. Das Pendant dazu ist die Anhäufung von Berichterstatern an den Universitäten. In der Wirtschaft allerdings haben die fortschrittlichsten Unternehmen bereits begonnen, die "Pest der Berater" abzuschütteln. Die spät gestarteten Eulen der Minerva im Bildungsministerium hingegen führen die bremsenden Kontrollmechanismen an den Universitäten eben erst in vollen Zügen ein.

*\*Robert Pfaller lehrt Philosophie und Kulturwissenschaft an der Kunstuniversität Linz.*

# ***Eine Firma namens Alma Mater***

---

## **Oder: Wie Bildung und Wirtschaft sicher nicht kurzgeschlossen werden sollten**

---

*Samo Kobenter*

---

In der Debatte um die künftige Struktur der größten Universität des Landes fallen einige Punkte auf, die symptomatisch für die Machart der derzeitigen Bildungspolitik sind. Dabei geht es ebenso um technische wie um inhaltliche Fragen, die auch in den Papieren der universitären Arbeitsgruppen, die sich über die Zukunft der Wiener Universität Gedanken gemacht haben, zumindest zwischen den Zeilen durchscheinen.

Das redliche Bemühen, die Grundlagen für eine den künftigen Anforderungen des Wissenschaftsbetriebs entsprechende Universitätsstruktur zu schaffen, kann den Entwürfen nicht abgesprochen werden. Natürlich spiegeln sich die Partikularinteressen der Verfasser darin wider, aber das ist ja nicht ehrenrührig und keineswegs das größte Manko der Planskizzen. Seltsam mutet allerdings an, dass durchgehend eine, wie es in einem dieser Berichte heißt, "professionell durchgeführte Stärken-Schwächen-Analyse der Universität Wien beziehungsweise ihrer Institute noch ausständig ist".

Das klingt nicht sehr Vertrauen erweckend und legt den Schluss nahe, dass auch hier der Geschwindigkeit Vorrang vor der Präzision eingeräumt wurde - eine Vorgangsweise, die sich durch die gesamte Prozedur der Implementierung des Universitätsgesetzes wie der sprichwörtlich schwarz-blaue Faden zieht. Eine umfassende Bestandsaufnahme der Qualitäten und Mängel der Struktur, die man zu ändern gedenkt, ist keine polemische Forderung, aus der dann eine "progressive" oder "reaktionäre" Ausrichtung des daraus entwickelten Neubaus abzuleiten ist - wie in polemischer Unterstellung postuliert wird -, sondern ein simples Gebot planerischer Effizienz. Und der wurde nicht nur hier wenig Platz eingeräumt.

Ebenso undurchdacht erscheinen die Umsetzungsvorschläge für die Zielformulierung, die Universität Wien - alle österreichischen Unis? - in eine "Forschungsuniversität" zu verwandeln. Welche Rolle künftig die Lehrorganisation spielen soll, wird ebenso vernachlässigt wie die Frage, in welchen Organisationsformen Forschungsaufgaben und Studienabwicklung am reibungslosesten unter einen Hut gebracht werden können. Mit der Hoffnung, das Problem werde sich mit der bloßen Schaffung "flacher" Hierarchien, sprich der Einführung einer nur mehr zwei Ebenen umfassenden Struktur, von selbst lösen, kann es wohl nicht getan sein.

Vielleicht wäre eine Vorgangsweise, die zunächst den Reformbedarf an Fakultäten und Instituten erhoben und daraus die Ziele der neuen Universität entwickelt hätte, effizienter als eine, die in ihrer Abschaffung und Aufteilung ein organisatorisches Allheilmittel sieht. Die Frage, ob Qualität durch eine Konzentration auf die Forschung zulasten der Lehre geschaffen wird, scheint ohnehin schon mit Ja beantwortet zu sein: Wenn parallel zu diesem schlampig in Angriff genommenen Umbau der Unis in so genannte "centers of excellence" die Aufwertung der Pädagogischen Akademien zu Hochschulen für Lehrberufe angekündigt wird, ist der Lauf des Bildungshasen vorgezeichnet.

Dann möge die Politik aber bitte auch zwei Dinge klar aussprechen: Wir verabschieden uns von der Universalität, die den klassischen Sinn dieser Bildungseinrichtung ausgemacht hat. Und wir legen endlich fest, was mit Autonomie und Verantwortlichkeit einer neuen Universität im gesellschaftlichen Diskurs gemeint ist, statt auf diese klare Frage irgendetwas von "Weltklasse" daherzubrabbeln.

Es wäre durchaus angebracht, diese Autonomie mit Kompetenzen auszustatten, die sehr wohl Delegation zulassen, statt einem Rektor interne Entscheidungsallmacht zu geben, um ihn extern umso kürzer an die Leine des Bildungs- und Finanzressorts zu legen. Wenn schon dem Glauben gehuldigt wird, die Universitäten müssten wie Wirtschaftsunternehmen funktionieren, dann sollten wenigstens Modelle des 21. Jahrhunderts und nicht solche des Gründerzeitkapitalismus nachgebildet werden. (© DER STANDARD, 30. Oktober 2003)